



This publication is a Science for Policy Report by the Joint Research Centre, the European Commission's in-house science service. It aims to provide evidence-based scientific support to the European policy-making process. This publication, or any statements expressed therein, do not imply nor prejudge policy positions of the European Commission. Neither the European Commission nor any person acting on behalf of the Commission is responsible for the use which might be made of this publication.

**Contact information**

Address: Edificio Expo. c/ Inca Garcilaso, 3. E-41092 Seville (Spain)

E-mail: [jrc-ipts-secretariat@ec.europa.eu](mailto:jrc-ipts-secretariat@ec.europa.eu)

Tel.: +34 954488318

Fax: +34 954488300

**JRC Science Hub**

<https://ec.europa.eu/jrc>

JRC102219

PDF

ISBN 978-92-79-59828-9

doi:10.2791/077095

LF-02-16-688-DE-N

---

© European Union, 2016

Reproduction is authorised provided the source is acknowledged.

How to cite: Klaus Schuch, Robert Gampfer; RIO Country Report 2015: Austria; doi:10.2791/077095

All images © European Union 2016 except for the ERA Dashboard image on the first page by Niels Meyer licensed under CC BY 2.0

**Abstract**

The 2015 series of RIO Country Reports analyse and assess the policy and the national research and innovation system developments in relation to national policy priorities and the EU policy agenda with special focus on ERA and Innovation Union. The executive summaries of these reports put forward the main challenges of the research and innovation systems.

## Hintergrund

Die österreichische Volkswirtschaft ist vergleichsweise gut durch die Finanzkrise gekommen, jedoch stagniert das Wachstum des BIP seit der Jahresmitte 2012; für das Jahr 2014 wird das Wachstum auf 0,4% geschätzt.<sup>1</sup> Allerdings ist den Prognosen zufolge davon auszugehen, dass das Wachstum wieder anziehen und im Jahr 2015 einen Wert von 0,6% und 2016 einen Wert von 1,5% erreichen wird.<sup>2</sup> Die Arbeitslosigkeit ist zwar im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten weiterhin gering, hat jedoch von 4,9% im Jahr 2012 auf 5,6% im Jahr 2014 zugenommen.

Im Juni 2014 billigte das österreichische Parlament ein Maßnahmenpaket, mit dem in den Jahren 2014 bis 2018 ein Netto-Haushaltseinsparungseffekt in Höhe von insgesamt fast 553Mio. EUR erreicht werden soll. Im März 2015 verabschiedete die österreichische Bundesregierung außerdem ein Steuerreformpaket, mit dem einkommensteuerpflichtige Arbeitnehmer um 5Mrd. EUR entlastet werden sollen. Im Zusammenhang mit der Steuerreform wurden Ausgabenkürzungen bei Zuschüssen und Subventionen sowie bei den Verwaltungsausgaben in Höhe von insgesamt 1,1Mrd. EUR beschlossen. Neben diesen geplanten Haushaltskürzungen werden die öffentlichen Haushalte durch die Auflösung bzw. Umstrukturierung von ganz oder teilweise verstaatlichten Banken weiter erheblich belastet.

Die Politikfelder Bildung und Forschung sind von den Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts am geringsten betroffen. Trotz Mittelkürzungen bei einigen Förderorganisationen und Forschungseinrichtungen sowie bei den Mittelzuweisungen für FuE in den Haushaltsplänen einiger Bundesministerien sehen die Planungen für 2016 insgesamt einen leichten Anstieg der öffentlichen Ausgaben für FuE gegenüber dem Jahr 2015 vor. Die wettbewerbsorientierte Förderung der Universitäten wird von 300Mio. EUR auf 750Mio. EUR aufgestockt, die der Fachhochschulen von 265Mio. EUR auf 282 Mio. EUR, und die als steuerlicher Anreiz eingeführte Forschungsprämie wird von 10% auf 12% angehoben. Österreich folgt damit im Hinblick auf die Ausgaben für Forschung und Innovation (FuI) im Wesentlichen den Grundsätzen einer intelligenten Haushaltskonsolidierung, was nur auf rund die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten zutrifft.

Österreich verfügt über ein stabiles, gut entwickeltes FuI-System. 2013 wurden die Ressorts Wirtschaft und Wissenschaft zum neuen Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft zusammengeführt. Diese Neuordnung der Ressorts wird von vielen Interessenträgern überwiegend positiv beurteilt, zumal Themen aus dem Bereich Forschung und Innovation in der Wirtschaftspolitik des Landes offenbar einen zunehmend höheren Stellenwert einnehmen.<sup>3</sup>

Die Bruttoinlandsaufwendungen für Forschung und Entwicklung (BAFE) sind von 2,81% im Jahr 2012 kontinuierlich auf 3,01% im Jahr 2015 gestiegen.<sup>4</sup> Lediglich drei EU-Mitgliedstaaten (die Innovation Leader Schweden, Finnland und Dänemark) weisen derzeit im Verhältnis zu ihrem BIP höhere BAFE auf. Die FuE-Aufwendungen der Unternehmen (BERD) machten im Jahr 2014 einen Anteil von 2,11 % des österreichischen BIP aus und lagen damit deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 von 1,3 %. Die FuE-Aufwendungen der Regierung (BAFER) und die FuE-Aufwendungen im Hochschulsektor (BAFEH) beliefen sich im Jahr 2014 auf 0,13% bzw. 0,73% des BIP (EU-28: 0,25% bzw. 0,47%). Was die Finanzierung von FuE anbelangt, so wurden im Jahr 2014 46,6% der Gesamtaufwendungen für FuE vom privaten Sektor getragen, für 2015 wird dieser Wert auf 47,2% geschätzt. Der Anteil der öffentlichen Hand an der Finanzierung der BAFE lag 2014 bei 37,7%, für 2015 wird er auf 37,3% geschätzt. Der aus dem Ausland finanzierte Anteil der BAFE lag 2014 bei 15,2%, für das Jahr 2015 wird

---

<sup>1</sup> BMWFW 2015b.

<sup>2</sup> Europäische Kommission 2015.

<sup>3</sup> Cuntz 2015.

<sup>4</sup> Statistik Austria 2015.

von einem Anteil von 15,1 % ausgegangen. Ein Großteil der Mittel stammte von internationalen Unternehmen mit österreichischen Tochterunternehmen, zum Teil handelte es sich jedoch auch um EU-Fördermittel. Bei dem vom Ausland getragenen Anteil an der Finanzierung der BAFF vollzog sich in den letzten Jahren relativ gesehen ein langsamer, aber stetiger Rückgang (2005: 18,0%). Die Europa 2020-Zielvorgabe für die FuE-Intensität für Österreich von 3,76% des BIP wird trotz des kontinuierlichen Anstiegs der BAFF als ambitioniert gewertet, insbesondere mit Blick auf das für die kommenden Jahre prognostizierte eingeschränkte Wirtschaftswachstum und den Druck, der durch die Konsolidierung der Staatsausgaben auf die öffentlichen Haushalte entsteht.<sup>5</sup>

Zu den wichtigsten Entwicklungen des Jahres 2015 beim FuI-System gehörten:

- neue Leitlinien für die FTI-Förderung (siehe Abschnitt 3.4)
- die Ernennung neuer Mitglieder des österreichischen Rats für Forschung und Technologieentwicklung und des Österreichischen Wissenschaftsrats
- die Veröffentlichung des Forschungsaktionsplans zu Themen wie Förderung einer Karriere in der Forschung, Erleichterung der privaten Forschungsfinanzierung und Verbesserung des Innovationspotenzials und des Unternehmergeists der Universitäten
- das Anlaufen mehrerer FTI-Strategieprozesse (u.a. Open Innovation, Bioökonomie, Strategische Weiterentwicklung Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften).

Mit Blick auf die Exzellenzorientierung ist Österreichs Forschungsbasis vergleichsweise gut aufgestellt, doch besteht immer noch ein Rückstand gegenüber vergleichbaren Ländern wie den Niederlanden, Belgien und der Schweiz. Der Anteil Österreichs an den 10% der meistzitierten wissenschaftlichen Veröffentlichungen stieg von 12% im Jahr 2000 (Vollerfassung) auf 15,62 % im Jahr 2010 (EU: 12,25%). Der Anteil der öffentlichen Mittel, die für länderübergreifend koordinierte Forschung bereitgestellt wurden, lag in Österreich bei annähernd 5% der GBAORD (2010) und damit über dem EU-Durchschnitt von 4,27%. Der Arbeitsmarkt für Forscher ist in Österreich recht offen strukturiert und, insbesondere was die Hochschulen und andere öffentliche Forschungseinrichtungen betrifft, von einem hohen Maß an Autonomie der Institutionen geprägt.

Wissens- und Technologietransfer, aber auch die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft sind in Österreich gut etabliert, und es existiert eine Vielzahl von Fördermaßnahmen, mit denen die Zusammenarbeit weiter verbessert werden soll, wobei die stärkere Einbindung von KMU einen besonderen Schwerpunkt bildet. Der Anteil der öffentlich-privaten Kopublikationen liegt in Österreich bei 3,1% (Durchschnitt EU-28: 1,8%). Einrichtungen, an denen Forscher von Hochschulen und aus der Wirtschaft gemeinsam arbeiten, werden durch mehrere Förderprogramme unterstützt, und 2014 wurde die erste Ausschreibung für ein aus öffentlichen Mitteln finanziertes Programm für industriennahe Dissertationen ('Industrial PhD') veröffentlicht.

Das österreichische FuI-System steht vor folgenden Herausforderungen:

- 1) Mäßige Wirksamkeit der staatlichen Fördermaßnahmen für privatwirtschaftliche Innovation
- 2) Angebotsknappheit an privatem Beteiligungskapital, insbesondere an Risikokapital.

---

<sup>5</sup> Rat für FTE 2015.

## Herausforderungen im FuI-Bereich

### **Herausforderung 1: Verbesserung der Wirksamkeit der staatlichen Fördermaßnahmen für privatwirtschaftliche Innovation**

#### Beschreibung

Die österreichische Privatwirtschaft engagiert sich stark für FuE, die absolute Höhe der BERD ist von 5,520 Mrd. EUR im Jahr 2010 kontinuierlich auf 6,963 Mrd. EUR im Jahr 2014 gestiegen. Bei den FuE-Ausgaben der Unternehmen rangiert das Land an siebter Stelle.<sup>6</sup> Der Beschäftigungsanteil in den Produktionszweigen mit hohem und mittlerem Technologieniveau des verarbeitenden Gewerbes ist mit 5,8 % vergleichsweise hoch (Niederlande: 2,7 %, Belgien: 4,7 %, Irland: 5,2 %). Angesichts dieser Indikatorwerte zeigt sich die Innovationsleistung des privaten Sektors etwas enttäuschend.<sup>7</sup> Bei den nicht-FuE-Innovationsausgaben liegt Österreich nur an 23. Stelle.<sup>8</sup> Im Innovation Union Scoreboard (IUS) ist Österreich von Platz 8 im Jahr 2011 kontinuierlich abgerutscht und liegt 2015 nur noch auf Platz 11.<sup>9</sup> Der Umsatz der innovationsaktiven Unternehmen als Anteil am Gesamtumsatz ging von 13,6% im Jahr 2006 auf 9,8% im Jahr 2012 zurück, wobei der Rückgang im Dienstleistungssektor etwas höher ausfiel als in der Industrie. Bei den Verkäufen aus Innovationen, die neu für den Markt sowie neu für das Unternehmen waren, rangiert Österreich im unteren Drittel (Rang 22).

Dieser Negativtrend bei der Innovationsleistung Österreichs hat trotz einer ganzen Reihe staatlicher Förderinstrumente eingesetzt, die für FuI in der Privatwirtschaft genutzt werden können und die in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten eingeführt wurden. Inzwischen existiert eine Vielzahl von Maßnahmen, mit denen vor allem die Innovationsfähigkeit der KMU und die Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und KMU unterstützt werden. Dies hat offenbar zu einer gewissen Fragmentierung geführt, so dass sich die verfügbaren Mittel auf eine übergroße Zahl von Instrumenten verteilen.<sup>10</sup> Zwar wurden die meisten bereits seit längerem existierenden Maßnahmen einer Evaluierung unterzogen und wurden an sich auch positiv bewertet, doch wurde auf eine Untersuchung von Überschneidungen oder möglichen Synergien der Maßnahmen bislang weitgehend verzichtet, und auch eine Koordinierung erfolgt nur in begrenztem Umfang.<sup>11</sup>

Nach Ansicht von Analysten könnte die bescheidene Effizienz auch von der deutlichen Verlagerung von direkten zu indirekten Fördermaßnahmen in den zurückliegenden zehn Jahren herrühren.<sup>12</sup> Der Anteil der steuerlichen Anreize für FuE-Ausgaben am Policy-Mix ist in der Zeit von 2006 bis 2011 (letztes Jahr, für das Daten vorliegen) gewachsen.<sup>13</sup> 2011 wurden die steuerlichen Anreize zu einem einheitlichen Steuererstattungsinstrument, der Forschungsprämie, zusammengeführt. Unternehmen können bis zu 10% ihrer Aufwendungen für FuE (einschließlich bis zu 1 Mio. EUR für externe Forschung) von ihren steuerpflichtigen Einkünften abziehen; Verlustvortrag und Erstattung sind zulässig. Die Höhe der entgangenen Steuereinnahmen belief sich 2012 auf 572 Mio. EUR, 2013 auf 377 Mio. EUR und 2014 auf 495 Mio. EUR.<sup>14</sup> Dieser starke Anstieg ging teilweise zulasten der für die direkte Förderung zur Verfügung stehenden

---

<sup>6</sup> Europäische Kommission 2014.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Europäische Kommission 2015b, 2014b, 2013, 2011. Allerdings wurden zwischen den einzelnen Ausgaben des Leistungsanzeigers geringfügige Änderungen der Methodik vorgenommen, die sich auf die Rangfolge ausgewirkt haben können.

<sup>10</sup> Europäische Kommission 2015c.

<sup>11</sup> Cuntz 2015.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> OECD 2015.

<sup>14</sup> [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB\\_04890/imfname\\_442347.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_04890/imfname_442347.pdf), zuletzt aufgerufen am 2. Februar 2016.

Mittel, und infolgedessen mag das Fördersystem nicht mehr ausreichend in der Lage gewesen sein, flexibel auf spezifischen und sich verändernden Bedarf zu reagieren.<sup>15</sup> Zudem flossen im Jahr 2014 74 % der indirekten Förderung an große Unternehmen (77 % im Jahr 2012), woran sich eine Debatte entzündete, ob dieses Instrument im Hinblick auf sein Hauptziel, die Förderung der FuE-Tätigkeit von KMU, die beabsichtigte Wirkung entfaltet.<sup>16</sup>

### Politikmaßnahmen

Um eine möglichst breite und einheitliche Förderung der privaten FuE-Tätigkeit zu erreichen, wird die Forschungsprämie 2016 von 10 % auf 12 % aufgestockt. Das Antragsverfahren, das unter anderem die Zertifizierung des antragstellenden Unternehmens durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) einschließt, wurde 2013 und 2014 weiter vereinfacht, um mehr KMU mit geringen Verwaltungskapazitäten zu veranlassen, die Prämie zu beantragen. Die Evaluierung der Wirksamkeit dieses Förderinstruments wurde 2015 verschoben,<sup>17</sup> dürfte nun aber im Laufe des Jahres 2016 erfolgen.

Bei den Instrumenten zur direkten Förderung wurde in den letzten Jahren eine gewisse Straffung vorgenommen. So wurden beispielsweise einheitliche Fördersätze eingeführt, die Verwaltungsverfahren vereinfacht und die Berichterstattungsanforderungen für die verschiedenen Instrumente vereinheitlicht. Auf der anderen Seite wurden zwar verschiedene Maßnahmen, deren Planungszeitraum abgelaufen war, eingestellt, doch verwalten FFG und AWS immer noch ein umfangreiches Portfolio an Instrumenten, mit denen die FuE- und die Innovationstätigkeit privater Unternehmen gefördert werden.

Bei den neuen Initiativen rückten in den letzten Jahren zunehmend die Verbesserung des Wissenstransfers und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft in den Vordergrund, mit dem Ziel, die Innovationsleistung der privaten Wirtschaft zu stärken. Mehrere Programme (COIN, Christian-Doppler-Labors, Laura Bassi Centres), in deren Rahmen Unternehmen gemeinsam mit öffentlichen Forschungseinrichtungen angewandte Forschung und Grundlagenforschung betreiben, wurden erweitert. Ebenso ist die Einrichtung weiterer Competence Centres for Excellent Technologies (COMET) geplant – ein Programm, das bei der Evaluierung positive Ergebnisse verzeichnen konnte.<sup>18</sup> Diese Programme sollen Wissenstransfer und Spitzenforschung im privaten Sektor durch die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft im Rahmen gemeinsam aufgestellter Langzeit-Forschungsprogramme erleichtern. Um eine bessere wirtschaftliche Verwertung von Forschungsergebnissen zu erreichen, steht derzeit die Regulierung der Rechte geistigen Eigentums an öffentlich finanzierten Forschungsarbeiten auf dem Prüfstand. Für das Jahr 2016 wird mit der Ausarbeitung einer umfassenden nationalen Strategie für das geistige Eigentum gerechnet.<sup>19</sup>

Die regionalen Strategien zur intelligenten Spezialisierung der österreichischen Bundesländer beinhalten u. a. die Leitinstitutionen-Initiative, durch die Forschungseinrichtungen dazu befähigt werden sollen, sich als zentrale Knoten regionaler Innovationsnetze zu etablieren, in denen sich die Wirtschaft, die politischen Entscheidungsträger der Bundesländer und die Zivilgesellschaft einbringen. Dadurch sollen engmaschige lokale und regionale Netze geknüpft werden, die in der Lage sind, die individuellen Stärken der Teilnehmer zu bündeln und dadurch Synergieeffekte zu erzeugen und zu nutzen. Der RIS3-Prozess zieht sich in Österreich etwas in die Länge. Während sich sowohl die österreichische Bundesregierung als auch die Regierungen der Bundesländer recht aktiv an den Peer Reviews anderer Regionen beteiligten, wurde

---

<sup>15</sup> Cuntz 2015.

<sup>16</sup> <http://derstandard.at/2000021530709/Drei-Viertel-der-Forschungspraemie-geht-an-Grossbetriebe>, zuletzt aufgerufen am 2. Februar 2016.

<sup>17</sup> Cuntz 2015.

<sup>18</sup> Cuntz 2015.

<sup>19</sup> Ebd.



bislang noch für kein österreichisches Bundesland ein Peer Review durchgeführt. Der Genehmigungsprozess wird durch unklare Zuordnung der Kompetenzen für die Umsetzung der Strategie und für die damit verbundenen Ausgaben zwischen Bund und Ländern behindert – eine Frage, die noch immer nicht vollständig geklärt ist. Der Beitrag aus den Strukturfondsmitteln für den Zeitraum 2014-2020 zu dem einschlägigen operationellen Programm, das den Bereich FuI beinhaltet, ist mit 536 Mio. EUR vergleichsweise gering und ist gegenüber dem vorhergehenden Programmplanungszeitraum zurückgegangen.

### Einschätzung

Die Tatsache allein, dass der größte Teil der Forschungsprämie an große Unternehmen geflossen ist, lässt nicht den Schluss zu, dass es durch die Maßnahme nicht gelingt, KMU zu Investitionen in FuE zu veranlassen. Allerdings wurde die Additionalität der Maßnahme nie geprüft. Eine umfassende Evaluierung des Instruments wäre wichtig, um festzustellen, inwieweit es für die Förderung von privatwirtschaftlicher FuE wirksam ist und ob die deutliche Verlagerung von der direkten zur indirekten Förderung gerechtfertigt war. Andererseits bietet die Verschiebung der Evaluierung auf 2016 auch den Vorteil, dass damit weitere Datenpunkte in einer vergleichsweise kurzen Zeitreihe entstanden sind, wodurch die Ergebnisse möglicherweise etwas belastbarer ausfallen.

Die verschiedenen Instrumente zur Förderung des Wissenstransfers und der Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft wurden im Hinblick auf ihre Wirksamkeit überwiegend positiv bewertet,<sup>20</sup> doch erweist sich ihr Einfluss auf die Innovationsleistung des privaten Sektors in Österreich bislang als eher begrenzt. Durch eine stärkere Fokussierung auf Innovation statt FuE und die weitere Konsolidierung und Straffung des Portfolios an Instrumenten zur direkten Förderung ließe sich die Effizienz des Systems möglicherweise steigern.

Die Strategien für intelligente Spezialisierung und die Leitinstitutionen-Initiative bieten ein beträchtliches Potenzial zur Überwindung der strukturellen Schwachpunkte im FuI-System des Landes. Die Leitinstitutionen-Initiative wurde von einem Expertengremium der Europäischen Kommission als beispielhafte Praxis für die Umsetzung der Strategie zur intelligenten Spezialisierung herausgestellt.<sup>21</sup> Entscheidend dafür, welchen Einfluss die Strategien letztlich auf die FuI-Kapazitäten der Privatwirtschaft auf regionaler Ebene entfalten, dürfte jedoch sein, dass Koordinierung und Zuständigkeiten auf den verschiedenen Ebenen eindeutig festgelegt und umgesetzt werden. Zudem müssen Indikatoren und Instrumentarien für das Monitoring der RIS3-Umsetzung erst noch entwickelt werden.

## **Herausforderung 2: Ausweitung des Angebots an privatem Beteiligungskapital, insbesondere an Risikokapital**

### Beschreibung

Im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten mit ähnlicher Innovationskapazität ist das österreichische System zur Beteiligungsfinanzierung unterentwickelt.<sup>22</sup> Der Risikokapitalmarkt ist mit einem Anlagevolumen von insgesamt 65 Mio. EUR im Jahr 2013 eher klein. Zwar bedeutete dieser Wert einen Anstieg gegenüber dem Volumen von 2012 (43 Mio. EUR), doch wurde das Niveau von 2011 (94 Mio. EUR) noch nicht wieder erreicht.<sup>23</sup> Die Private-Equity-Investitionen beliefen sich 2013 auf 0,09 % des BIP und lagen damit weit unter dem EU-Durchschnitt von 0,28 % und deutlich niedriger als bei anderen Innovation Followers wie den Niederlanden (0,48 %), Irland (0,28 %) oder Belgien (0,24 %).<sup>24</sup> Im IUS 2015 erreicht Österreich bei den Risikokapitalinvestitionen

---

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Europäische Kommission 2014c.

<sup>22</sup> Europäische Kommission 2015c.

<sup>23</sup> Cuntz 2015.

<sup>24</sup> EVCA 2015.

28 % des EU-Medianwerts, was einen Rückgang um 3,6 % gegenüber 2014 bedeutet. Das Engagement von Business Angels fiel 2013 mit 2,9 Mio. EUR gegenüber den Niederlanden (9,8 Mio. EUR), Irland (13,2 Mio. EUR) oder Belgien (10 Mio. EUR) ebenfalls gering aus.<sup>25</sup>

Das geringe Angebot an Beteiligungskapital betrifft nicht etwa vor allem die Expansionsphase (die in Europa oftmals als die schwierigste Phase angesehen wird), sondern sämtliche Phasen der Entwicklung junger Unternehmen. Die Investitionen in Beteiligungskapital verteilten sich 2013 wie folgt: 20 % entfielen auf die Vorbereitungs-/Anlaufphase, 42 % auf die Wachstums-/Expansionsphase, 27 % auf die Ausstiegsphase und 11% auf die Ersatzfinanzierung.<sup>26</sup> Schwierige Bedingungen bei der Eigenkapitalfinanzierung werden nur zum Teil durch Kreditvergabe der Banken ausgeglichen. Der Anteil der Unternehmen, die Kredite benötigten, diese jedoch nicht erhielten, stieg von 20 % im Jahr 2013 auf 27 % im Jahr 2014.<sup>27</sup>

Das geringe Angebot an privatem Risikokapital ist zum Teil auf die ungünstigen rechtlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen. Die Rechtsvorschriften für den Kleinanlegermarkt erlegen Emittenten erhebliche Verpflichtungen im Hinblick auf die Offenlegung von Informationen und den Anlegerschutz auf.<sup>28</sup> Die Verwaltungsabläufe bei Börsengängen sind ebenfalls schwerfällig,<sup>29</sup> was die Attraktivität von Börsengängen als Ausstiegsmöglichkeit für Risikokapitalanleger mindert.

### Politikmaßnahmen

Vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft wurde 2015 die "Gründerland-Strategie" aufgelegt, für die das ehrgeizige Ziel ausgegeben wurde, Österreich zum gründerfreundlichsten Land Europas zu machen. An der Ausarbeitung der Strategie waren Interessenträger von Unternehmerseite und Risikokapitalsektor maßgeblich beteiligt. Mit dem neuen, im Jahr 2015 verabschiedeten Alternativfinanzierungsgesetz wurde die Gesetzgebung im Kleinanlegerbereich erheblich liberalisiert und klarer gestaltet. Auch Börsengänge sollen im Zuge weiterer Gesetzesreformen einfacher werden. Die Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (AWS), die staatliche Förderbank der Republik Österreich, führte 2014 mit dem AWS Equity Finder eine Kapitalvermittlungsplattform ein, die Kontakte zwischen Business Angels, Risikokapitalgebern sowie Crowdfunding- und Crowdinvesting-Plattformen erleichtern soll.

Neben einer Verbesserung der Rahmenbedingungen wird die Bereitstellung von Risikokapital von der österreichischen Regierung auch direkt gefördert. Die AWS legte 2013 zwei staatliche Risikokapitalfonds auf, mit denen das Entstehen eines Marktes angeregt und private Risikokapitalanlagen angeschoben werden sollen. Im Blickpunkt stehen dabei die Bereitstellung von Mitteln für Unternehmen in der Gründungsphase (Gründerfonds, 65 Mio. EUR) und der Wachstumsphase (45 Mio. EUR). Seit 2013 unterhält die AWS auch einen zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln finanzierten Fonds, der Investitionen von Business Angels im Verhältnis 1:1 kofinanziert (Gesamtvolumen an öffentlichen Fördermitteln: 22,5 Mio. EUR). Im Rahmen dieser Initiative werden Business Angels auch mit Know-how und Vernetzungsangeboten unterstützt. Gründungsvorhaben im Hochtechnologiebereich in der Vorbereitungs- und Anlaufphase fördert die AWS mit den Instrumenten „PreSeed“ und „Seedfinancing“.

### Einschätzung

In Österreich scheint ein ausgeprägter politischer Wille zur weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Eigenkapitalfinanzierung zu bestehen; dies wird unter

---

<sup>25</sup> EBAN 2014.

<sup>26</sup> AVCO 2014.

<sup>27</sup> OECD 2015b.

<sup>28</sup> Jud et al. 2013.

<sup>29</sup> Cuntz 2015.



anderem am Beispiel der Gründerland-Strategie deutlich, die ehrgeizige Ziele setzt und auch Handlungsfelder identifiziert. Konkrete Maßnahmen sind aus der Strategie allerdings bisher noch nicht hervorgegangen. Welche Wirkung das neue Alternativfinanzierungsgesetz entfalten wird, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen.

Von den staatlichen (bzw. öffentlich-privaten) Risikokapitalfonds kommen positive erste Signale: Das Projektvolumen des AWS-Gründerfonds erhöhte sich von 1,6 Mio. EUR im Jahr 2013 auf 26,2 Mio. EUR im Jahr 2014. Mit dem Business Angel Fonds ist es der AWS gelungen, mehr als 20 Mio. EUR an zusätzlichem Risikokapital zu mobilisieren. 2014 wurden zehn Projekte in der Pre-seed-Phase und 17 Seed-Finanzierungsprojekte mit Themenschwerpunkten in den Bereichen IKT, Physik und Biowissenschaften mit insgesamt 12,5 Mio. EUR unterstützt. Allerdings sind diese Instrumente noch zu neu, um ihre Wirkung anhand der längerfristigen Überlebensquote der Unternehmen, die Risikokapital erhalten haben, bewerten zu können.

Europe Direct is a service to help you find answers to your questions about the European Union

Free phone number (\*): 00 800 6 7 8 9 10 11

(\* ) Certain mobile telephone operators do not allow access to 00 800 numbers or these calls may be billed.

A great deal of additional information on the European Union is available on the Internet.

It can be accessed through the Europa server <http://europa.eu>

### **How to obtain EU publications**

Our publications are available from EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>), where you can place an order with the sales agent of your choice.

The Publications Office has a worldwide network of sales agents. You can obtain their contact details by sending a fax to (352) 29 29-42758.

## JRC Mission

As the Commission's in-house science service, the Joint Research Centre's mission is to provide EU policies with independent, evidence-based scientific and technical support throughout the whole policy cycle.

Working in close cooperation with policy Directorates-General, the JRC addresses key societal challenges while stimulating innovation through developing new methods, tools and standards, and sharing its know-how with the Member States, the scientific community and international partners.

*Serving society  
Stimulating innovation  
Supporting legislation*

doi:10.2791/077095

ISBN 978-92-79-59828-9

